



„Die Maßnahmen wirken“

Die Regierung lobt sich selbst, verbreitet Durchhalteparolen und bremst zugleich beim Erheben grundlegender Daten, mit denen sich die Verbreitung und Gefährlichkeit des Virus verlässlich messen ließe. Schnell und entschlossen handeln die Behörden dagegen beim Ausbau von fragwürdigen Instrumenten, wie neuen „Corona-Apps“ zur kollektiven Pulsmessung und Kontaktverfolgung. Welche Agenda wird hier verfolgt?

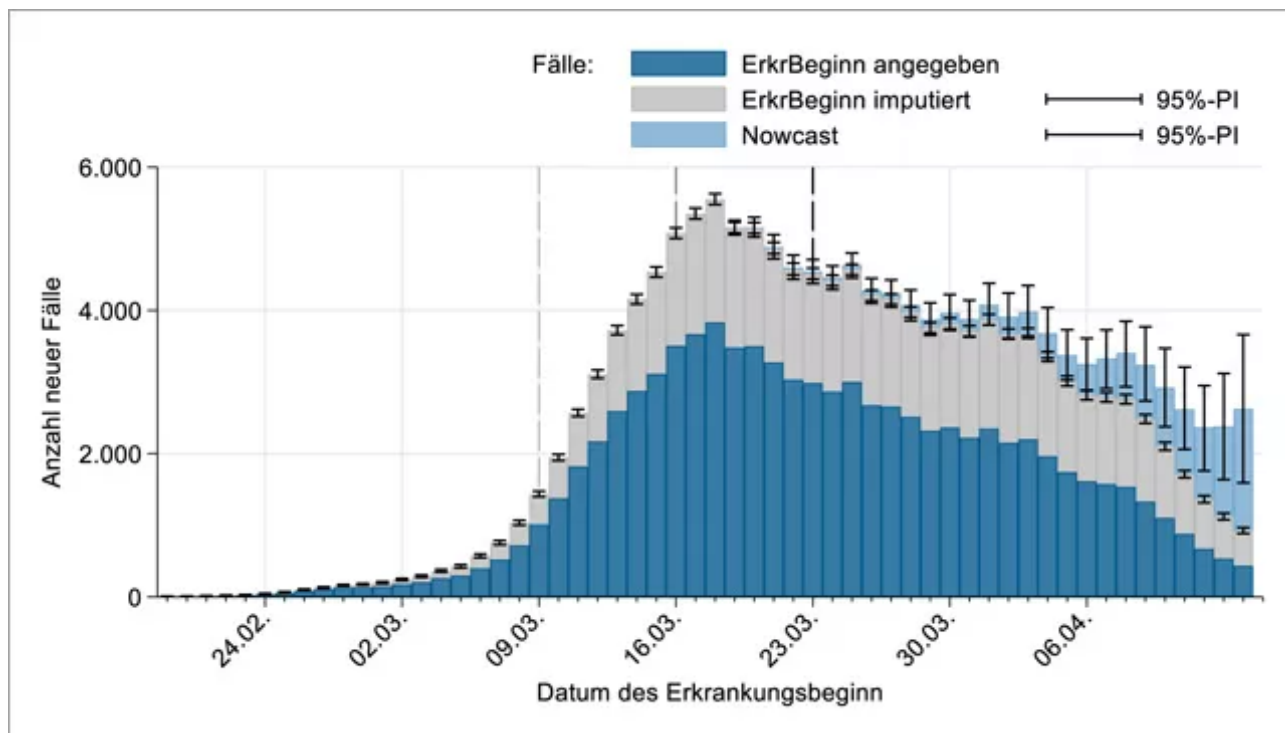
PAUL SCHREYER, 21. April 2020, 13 Kommentare

Hinweis: Dieser Beitrag ist auch [als Podcast verfügbar](#).

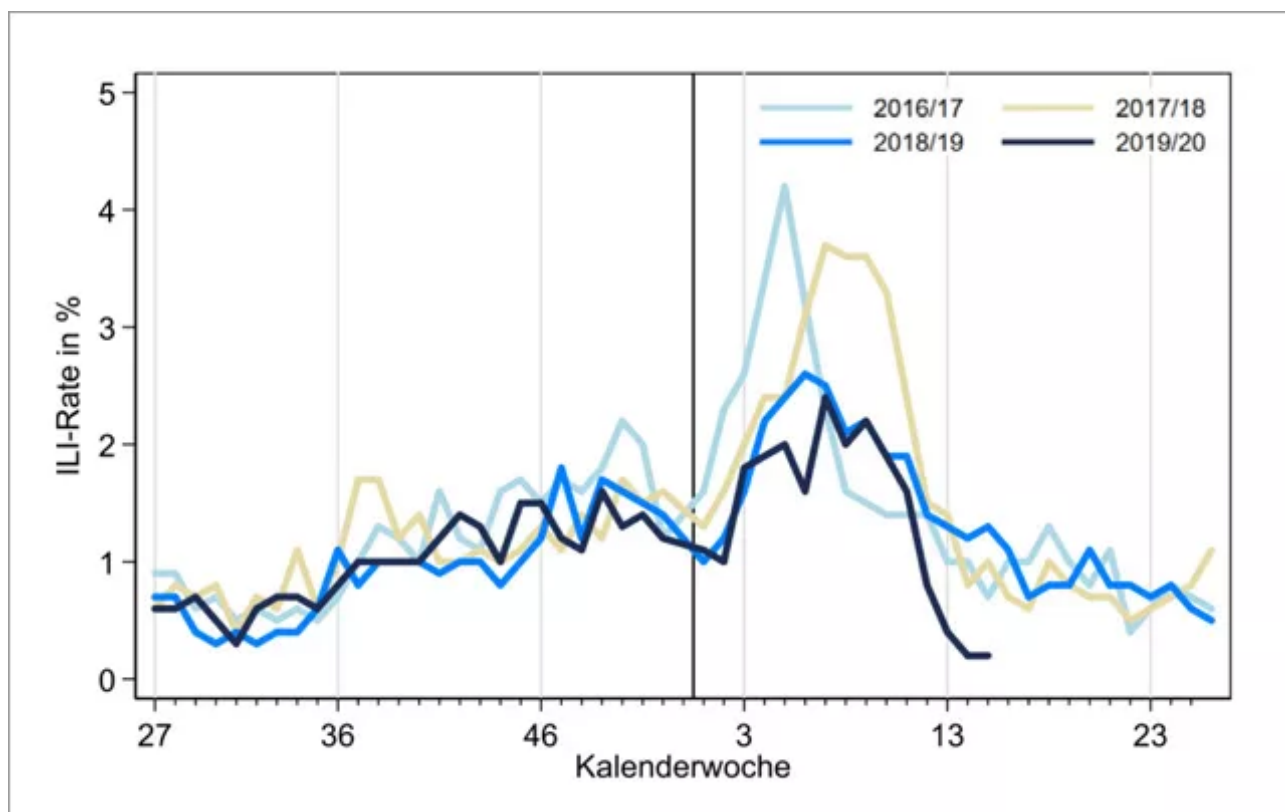
Regierungsvertreter sind sich in diesen Tagen einig: Die Maßnahmen wirken. Bundeskanzlerin Merkel spricht von einem „Zwischenerfolg“, es dürfe nun aber kein „falsches Vorpreschen“ geben. Die Botschaft ist klar: „Wir müssen verstehen, dass wir so lange mit dem Virus leben müssen, wie es keine Medikamente und insbesondere keinen Impfstoff gibt.“ Lothar Wieler, Chef des Robert Koch-Instituts (RKI), ermahnt gleichen Sinnes: „Die Disziplin, die wir in den letzten Wochen gehalten haben, die sollten wir weiter halten. Umso schöner wird die Belohnung sein.“

Am Montag bekräftigte Merkel, der Rückgang der Infektionen sei „sozusagen das Ergebnis der Kontaktbeschränkungen“. Die Unschärfe in der Formulierung ist auffällig. Sicher weiß auch die Bundeskanzlerin, dass der behauptete Effekt der Kontaktsperre nicht plausibel ist. Die Schulen und viele Geschäfte wurden ab 16. März geschlossen, die Kontaktsperre galt ab 23. März. Wie die unten abgebildete Grafik zeigt – entnommen aus dem [RKI-Lagebericht vom Samstag](#) –, sinkt die Zahl der Neuerkrankungen aber

schon seit dem 18. März kontinuierlich. Da die Inkubationszeit von Covid-19 laut RKI 5 Tage beträgt, geht die Anzahl der Neuinfektionen somit bereits seit dem 13. März zurück. Die politischen Maßnahmen können daher nicht die Ursache der Trendwende hin zu einem Rückgang sein.



Warum aber sinken die Zahlen dann schon seit einem Monat? Es scheint, als spielte der Wechsel der Witterung im Laufe des Frühlingsbeginns die entscheidende Rolle. Wie folgende Grafik aus dem letzten RKI-Influenza-Wochenbericht zeigt, sind seit der ersten Märzwoche alle Atemwegserkrankungen in Deutschland stark rückläufig. Dies steht nicht nur im zeitlichen Einklang mit den sinkenden Zahlen zu Covid-19-Erkrankungen, sondern, wie unten zu sehen, auch mit den Werten von Atemwegserkrankungen in den Vorjahren.



Um es noch einmal deutlich zu machen: Die Aussage, die Kontaktsperre sei ursächlich für die Trendumkehr hin zu einer Eindämmung des Virus, ist falsch. Es fällt auf, dass diese Behauptung so klar und direkt auch von kaum einem der verantwortlichen Politiker gemacht wird. Fast alle legen einen solchen Zusammenhang mit ihren Aussagen jedoch nahe.

Selbstmord aus Angst vor dem Sterben

Zwar liegt es auf der Hand, dass der weitgehende Stillstand des öffentlichen Lebens die Ausbreitung von Viren zusätzlich hemmt. Doch der politische Tunnelblick auf die Corona-Fallzahlen führt angesichts eines weiter stabilen Gesundheitssystems und der „Nebenwirkungen“, wie massenhafter Angst – Merkel: „Wir dürfen uns keine Sekunde in Sicherheit wiegen“ – extremem Stress für Millionen von Familien und zehntausenden Unternehmenspleiten, zu einem gesellschaftlichen Selbstmord aus Angst vor dem Sterben.

In Folge der Maßnahmen kommt es absehbar zu vielen Todesfällen. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, wies am Freitag darauf hin, dass wegen der Angst vor Corona mehr als 50 Prozent (!) aller deutschlandweit geplanten Operationen trotz Notwendigkeit abgesagt wurden. Beim Rettungsdienst meldeten sich außerdem 30 bis 40 Prozent weniger Patienten mit Herzinfarkt und Schlaganfall: „Und zwar nicht, weil es weniger Erkrankte gibt, sondern weil viele Angst vor Corona haben“, so Gaß. Wie viele Menschen **wegen** der Corona-Maßnahmen in diesen Wochen sterben, wird nirgends erfasst.

Repräsentative Daten erst im Juni?

Seit Beginn der Krise weisen Fachleute darauf hin, dass zur Einschätzung der tatsächlichen Gefährlichkeit und Ausbreitung des Virus eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe unverzichtbar ist. So mahnte John Ioannidis, Medizinprofessor an der Stanford University, schon am 17. März:

„Die bisher gesammelten Daten darüber, wie viele Menschen infiziert sind und wie sich die Epidemie entwickelt, sind völlig unzuverlässig. (...) Wir wissen nicht, ob wir uns bei den Infektionen um den Faktor drei oder 300 irren. [Anmerkung Paul Schreyer: Laut einer aktuellen Studie (17.4.) aus den USA irrt man sich um den Faktor 50 bis 85.] Die wertvollste Information (...) wäre es, die aktuelle Häufigkeit der Infektion in einer Stichprobe einer Bevölkerung zu kennen und diese Übung in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, um die Häufigkeit von Neuinfektionen abzuschätzen. Leider haben wir diese Informationen nicht.“

In Deutschland warnte im März gleichen Sinnes Gerd Antes, Experte für Statistik und Professor an der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg:

„Wie viele Personen in der Gesamtbevölkerung infiziert sind, ist unklar und wird es bei dieser [der jetzt üblichen] Art zu testen auch bleiben. (...) Wir müssen [stattdessen] sehr regelmäßig, vielleicht jede Woche, einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt auf Infektionen untersuchen.“

Die Bundesregierung ignorierte diesen dringenden fachlichen Rat. Noch am 3. April erklärte Lothar Wieler, als RKI-Chef dem Gesundheitsministerium unterstellt, eine repräsentative Stichprobe sei aus Sicht der Behörde „nicht zielführend“. Einen schlüssigen Grund nannte er nicht.

Nachdem der öffentliche Druck wuchs, änderte das RKI allerdings seine Einschätzung und verkündete am 9. April, eine bundesweite repräsentative Bevölkerungsstichprobe nun doch durchführen zu wollen, allerdings

nicht sofort, sondern erst „voraussichtlich Mitte Mai“. Ergebnisse würden dann „im Juni“ erwartet. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung will das Land noch gut zwei Monate im teilweisen Blindflug lenken.

Der Mythos um die Reproduktionszahl

Es fällt auf, dass niemand in der Regierung klare Kriterien für eine Lockerung und vollständige Beendigung der Freiheitsbeschränkungen mitteilt. Angeblich dreht sich nun vieles um die sogenannte Reproduktionszahl R oder R_0 , die theoretisch anzeigt, wieviele Menschen von einem Infizierten angesteckt werden. Diese Zahl müsse „für längere Zeit“ unter 1 sinken, heißt es. Doch wie wird die Zahl berechnet?

Dazu befragt musste RKI-Chef Wieler am 7. April erstaunlicherweise passen: Er wisse das selbst nicht genau, könne nur das Prinzip schildern (was er dann aber nicht tat). Hilfesuchend wandte sich Wieler während der Pressekonferenz an seinen Mitarbeiter Prof. Dirk Brockmann: „Können Sie erklären, wie wir R_0 berechnen?“

Doch auch der Mitarbeiter blieb im Ungefähren und sprach nur von „verschiedenen Ansätzen und Modellen“, die versuchen würden, „aus den Meldezahlen R_0 abzulesen“. In einige Modelle würden „alle möglichen Faktoren einfließen“, aus denen „das dann geschätzt“ werde. Soweit die Auskunft der Fachleute. In einem weniger bekannten RKI-Forschungspapier vom 15. April wird die Frage nun jedoch erstaunlich klar beantwortet:

„Die Reproduktionszahl ergibt sich als Quotient der Anzahl von Neuerkrankungen in zwei aufeinander folgenden Zeitabschnitten (...) Hat sich die Anzahl der Neuerkrankungen im zweiten Zeitabschnitt erhöht, so liegt das R über 1. Ist die Anzahl der Neuerkrankungen in beiden Zeitabschnitten gleich groß, so liegt die Reproduktionszahl bei 1. Dies entspricht dann einem linearen Anstieg der Fallzahlen.“

Das heißt: **Die Reproduktionszahl ist eine einfache Ableitung aus den absoluten Fallzahlen** – und damit genauso unzuverlässig zur Einschätzung der Lage, da die Anzahl der durchgeführten Tests nicht in Rechnung gestellt wird.

Die Berechnung der Reproduktionszahl wäre sinnvoll im Rahmen einer regelmäßig durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsstichprobe. Bei der aktuellen Art der Tests hingegen erzeugen solche Statistiken nur unzuverlässige Zahlen mit hohem Spekulationsanteil. Da die Daten für eine bundesweite repräsentative Stichprobe aber, wie erwähnt, erst im Juni vorliegen sollen, dürfen bis dahin alle weiter Rätsel raten und sind mehr oder weniger auf blindes Vertrauen (oder Misstrauen) gegenüber den Behörden angewiesen. Man kann sagen, dass die Regierung sich mit dieser Verzögerungstaktik einen Freifahrtschein ausstellt, noch mindestens zwei Monate lang so zu handeln, wie es ihr (oder bestimmten Interessengruppen) gefällt.

„Corona-Datenspende“ für Carsten Maschmeyer?

Sehr schnell und entschlossen agiert die Regierung bei der Einführung der fragwürdigen „Corona-Datenspende“-App, die am 7. April vorgestellt wurde und die in der ersten Woche bereits von mehr als 300.000 Bürgern auf ihrem Smartphone installiert wurde. Erfasst werden laut RKI die Postleitzahl und die Körperdaten, die das zusätzlich benötigte Fitnessarmband aufzeichnet: Geschlecht, Alter, Größe und Gewicht, sowie Aktivitäts- und Schlafdaten, der Pulsschlag und, wenn möglich, auch die Körpertemperatur. Am RKI wird die entsprechende Projektgruppe vom schon erwähnten Prof. Brockmann geleitet, der im Rahmen der Werbung für die App erklärt:

„Ihre Datenspende ermöglicht uns die Ausbreitung des Coronavirus besser zu erfassen und die Dunkelziffer der Infizierten drastisch zu verringern.“

Die übermittelten Daten will man „in einer Art Wärmebildkarte“ Deutschlands grafisch darstellen, auf der Regionen mit „potenziell infizierten Personen“ farblich hervorgehoben werden. Der gesundheitliche Nutzen der App bleibt fraglich, ihr Potenzial zum Schüren von Ängsten hingegen erscheint groß.

Auf die Frage, warum der Programmiercode der App nicht offen zugänglich ist, antwortete Brockmann gegenüber dem Magazin Netzpolitik am Freitag:

„In diesem Fall war es eine Kooperation von uns als Wissenschaftlern mit einer Firma, die uns eine bereits existierende Software zur Verfügung gestellt hat. (...) Diese Firma legt ihren Code nicht offen, weil sie irgendwann damit Geld verdienen will.“

Die Firma heißt „Thryve“ und erhielt 2019 einen Millionenbetrag von mehreren Investoren, darunter dem Milliardär Carsten Maschmeyer. Wie Brockmann schildert, kam die Idee zur App von genau dieser Firma:

„Anfang März kam der Gründer Paul Burggraf auf mich zu und sagte, er habe eine Technologie, die für uns interessant sein könnte. Er kannte meine Forschung und zeigte mir eine Studie, die zeigte, wie man aus Puls- und Schlaffrequenzdaten Fiebersymptome ableiten und Epidemien verfolgen kann. (...) Der Gründer von Thryve kam auf mich zu mit einer App, die schon fertig war. Damit musste ich erst mal Überzeugungsarbeit leisten. (...) Den größten Schub bekamen die Ideen für Kontaktrückverfolgung, weil sich verschiedene Experten davon den größten Effekt erhofften. Wir haben viel diskutiert, etwa im Health Innovation Hub des Gesundheitsministeriums und am RKI, aber diese Technologie für die Datenspende über Fitnesstracker war das einzige, was schon fertig war.“

Mit anderen Worten: Die Regierung setzt eine Maßnahme deshalb zuerst um, weil eine gut vernetzte Firma, die damit Geld verdienen will, schon ein Konzept in der Schublade hat. Der Thryve-Gründer meint:

„Das Coronavirus bringt jetzt endlich den Schub in die Digitalisierung, den es so dringend gebraucht hat.“

Wie zuverlässig ist der Corona-Test?

Bei der RKI-Pressekonferenz vom 14. April tauchte eine interessante Frage auf. Es war gemeldet worden, dass in Südkorea bei knapp 100 Patienten, die als geheilt galten, Covid-19 wieder ausgebrochen war. Das stellt die gängige Lehrmeinung infrage, wonach Genesene immun gegenüber dem Virus sind. Eine Journalistin des Ärzteblatts befragte Wieler nach seiner Einschätzung zu diesen rätselhaften Fällen.

Der RKI-Chef erklärte dazu, dass er mit einem Kollegen in Südkorea in Verbindung stehe. Die derzeit favorisierte Hypothese sei die, dass das Virus auch nach der Genesung für eine „gewisse Zeit“ beim Testen angezeigt werde, allerdings lediglich „Virus-Genom“ und nicht „Virus, das vermehrungsfähig ist“. Diese Unterscheidung führt zur Frage, wie sicher man beim aktuell genutzten Coronatest überhaupt sein kann, dass bei einer als positiv getesteten Person vermehrungsfähiges und damit epidemisch gefährliches Virusmaterial nachgewiesen wird, und nicht lediglich diffuse „Genbestandteile“ eines Virus.

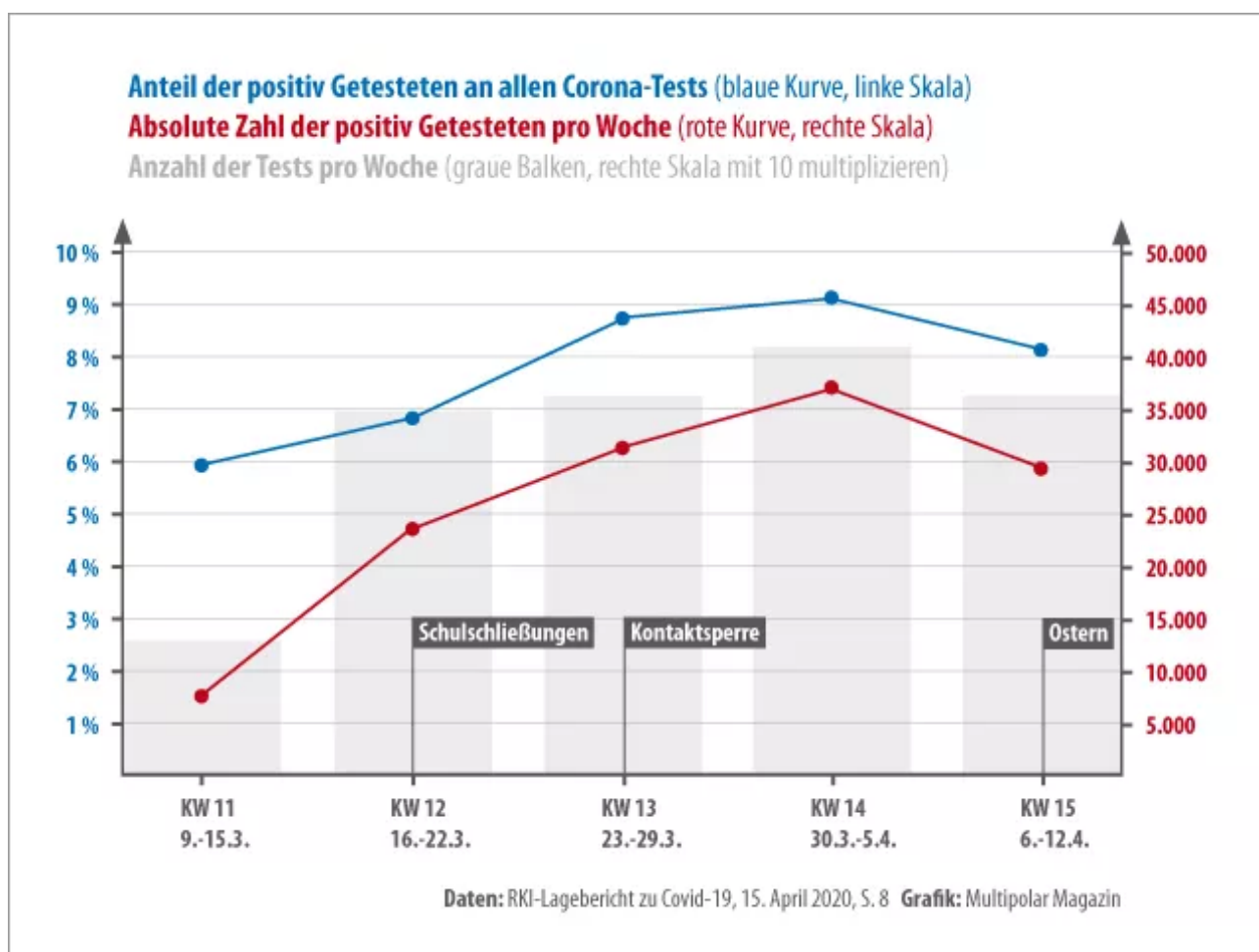
Prof. Christian Drosten räumte in diesem Zusammenhang am 13. April ein, dass die Testergebnisse gegen Ende des Verlaufs der Infektion „mal positiv und mal negativ“ ausfallen könnten. Der Professor wörtlich: „Da

spielt der Zufall mit.“

Weiterhin Irreführung bei den Fallzahlen

Derweil geht die Irreführung bei den Fallzahlen weiter. Bis heute vermeiden es die Bundesregierung und das RKI in ihren Stellungnahmen, die Entwicklung der Anzahl der positiv Getesteten ins Verhältnis zur Anzahl der durchgeführten Tests zu setzen.

Im Lagebericht des RKI vom 15. April sind aktuelle Daten zum Umfang der bisherigen Tests aufgeführt (dort zu finden in einer Tabelle auf Seite 8). Multipolar hat diese bislang wenig beachteten Zahlen in einer Grafik aufbereitet. Mehrere grundlegende Zusammenhänge lassen sich daraus ablesen.



- Wie bereits berichtet, ist der massive Anstieg der Fallzahlen von KW 11 zu KW 12 (eine Verdreifachung) die Folge einer ebenso massiven Ausweitung der Testmenge (ebenfalls eine Verdreifachung). Erst dieser Anstieg, der, vermittelt über die Medien, die Öffentlichkeit stark beunruhigte und teilweise in Panik versetzte, schuf die moralische Legitimation, mit der die Bundesregierung am Ende von Kalenderwoche 12 die Kontaktsperrre beschließen konnte. Der Zusammenhang zur Ausweitung der Testmenge wurde verschwiegen – eine grobe Irreführung.
- Es gab keine extrem rasche Ausbreitung. Der Anstieg des Anteils der positiv Getesteten verlief relativ moderat – von 6 % auf 9 % zwischen KW 11 und KW 14. Den RKI-Daten zufolge hat sich das Virus somit um durchschnittlich weniger als 20 % pro Woche ausgebreitet – kein Wert, der zu einer existenziell bedrohlichen Epidemie passt. (**Hinweis:** Dass die rote Kurve der Fallzahlen noch nach dem 18. März, also dem Tag mit dem

Höchststand an Neuerkrankungen, über zwei Wochen hinweg weiter ansteigt, liegt daran, dass diese Zahlen sich auf das Meldedatum beziehen und nicht auf den tatsächlichen Krankheitsbeginn. Der reale Trend der Ausbreitung wird dadurch verzögert dargestellt.)

- Die Anzahl der positiv Getesteten steht auch weiterhin in enger Verbindung zur Anzahl der Tests. In der Osterwoche wurde weniger getestet als zuvor – die Anzahl der positiv Getesteten fiel ebenfalls entsprechend. Auch dieser naheliegende Zusammenhang wird von der Regierung nicht kommuniziert.

Kritikern den Stecker ziehen

Wer eine abweichende Ansicht äußert, läuft in diesen Wochen zunehmend Gefahr, „abgeschaltet“ zu werden. Die Webseite von Wolfgang Wodarg wurde zeitweise vom Netz genommen – angeblich, weil ein Impressum fehlte. Ein seltsamer Vorwurf bei einer öffentlichen Person, die inzwischen Millionen von Menschen bekannt ist.

Regelmäßig werden in der Coronakrise kritische Videos auf Youtube gelöscht, unter anderem zeitweise auch der Podcast zu einem Multipolar-Artikel, nachdem dieser mehr als 300.000 Mal aufgerufen worden war.

Anfang April wurde dem Nachrichtenportal KenFM durch den Zahlungsvermittler Steady der Vertrag gekündigt. Über die Firma konnten Nutzer KenFM regelmäßig unterstützen. Nach eigenen Angaben floss den unabhängigen Journalisten auf diesem Weg monatlich ein vierstelliger Betrag zu. Dieser Geldstrom wurde durch „Steady“ (englisch für „beständig“) nun gekappt. Zur Begründung hieß es:

„Die Publikation verstößt an mehreren Stellen deutlich gegen Steady-Richtlinien.“

Auf Nachfrage von Multipolar, an welchen Stellen im Programm gegen welche Richtlinien genau verstoßen worden sei, antwortete das Unternehmen ausweichend:

„KenFM spitzt gerne zu und wir haben uns die Antwort auf die Frage, ob wir allein deswegen nicht mehr zusammenpassen, nicht leicht gemacht. Aber am Ende stand die Überzeugung, dass es ein 'Zuviel' an Zuspitzung gibt, bei dem wir kein Kooperationspartner mehr sein möchten.“

Eine nochmalige deutliche Nachfrage, an WELCHEN Stellen KenFM gegen WELCHE Richtlinien verstoßen habe (denn das war ja die erklärte Begründung der Firma gewesen), blieb unbeantwortet.

Öffentlichen Applaus erhielt Steady für diesen willkürlichen Angriff auf unabhängigen Journalismus von David Schraven, dem Chef des Rechercheportals Correctiv, das von zahlreichen Stiftungen finanziert wird. Schraven war es auch gewesen, der wenige Tage zuvor überhaupt erst öffentlichen Druck auf Steady in dieser Sache aufgebaut hatte. Auch die Anfang April mehrfach verbreitete Aufforderung der Aktivistengruppe „Peng“ an die GLS-Bank, KenFM das Konto zu kündigen (bislang erfolglos), wurde von Schraven mit einem Retweet empfohlen.

Der vormundschaftliche Staat

Was bleibt, ist die Wahrnehmung, als Bürger zunehmend in einem vormundschaftlichen Staat zu leben, der stets am besten zu wissen glaubt, was gut für alle ist. In einer akuten Krise mag das angemessen sein – zumindest sofern die entscheidenden Informationen für alle transparent und plausibel sind. Ist das aber nicht

der Fall, und bleibt ein großer Teil der Bürger – auch der Parlamente und Gerichte – angesichts fortwährender Übergriffe passiv, dann droht dieser neue Staat zu einer dauerhaften Realität zu werden.

Man liest in diesen Tagen oft, dass Schweden, wo die Regierung auf eine weiträumige Schließung des öffentlichen Lebens verzichtete, ein riskantes Experiment mit seinen Bürgern betreibt. Tatsächlich scheint eher das Gegenteil richtig zu sein: Nicht Schweden wagt ein gefährliches und zerstörerisches Experiment – sondern wir. Es bleibt die Frage: Wie lange noch?